Auf dem Weg zu einer vergleichenden Politikwissenschaft alternder Gesellschaften

Description

von Pieter Vanhuysse

Es handelt sich um eine Ã?bersetzung aus dem Englischen von Janina SchrÃ¶dter und Achim Goerres. Das Original findet sich hier.

Pieter Vanhuysse skizziert hier die Befunde seines mit Achim Goerres herausgegebenen Buches â??A*geing Populations in Post-Industrial Democracies*â?? entlang von drei grundlegenden Fragen zu Politik alternder Gesellschaften.

Kann ein steigender Anteil Ã¤lterer WÃ¤hler tatsÃ¤chlich zu mehr Macht der Rentner fÃ¼hren? Die meisten reichen Demokratien sehen sich â?? als Resultat einer hÃ¶heren Lebenserwatung und niedrigen Geburtenraten â?? mit einer signifikant Ã¤lter werdenden Gesellschaft konfrontiert. Viele befÃ¼rchten nun, dass Ã¤ltere WÃ¤hler zu einer sehr machtvollen politischen Interessengruppe werden. Die alternde BevÃ¶lkerung umfasst nÃ¤mlich nicht nur immer mehr Ã¤ltere Menschen, die auch wahlberechtigt sind, sondern diese Ã¤lteren Wahlberechtigten tendieren auch dazu, tatsÃ¤chlich hÃ¤ufiger wÃ¤hlen zu gehen als jÃ¼ngere WÃ¤hler. Eine Anzahl von â??Grey Powerâ??-Theoretikern sind deshalb der Meinung, dass alternde Gesellschaften die Politiker unter Druck setzen, immer hÃ¶here Pensionen und andere politische Regelungen fÃ¼r Ã¤ltere Menschen bereitzustellen â?? eine Aussage, die hÃ¤ufig nicht aufrechterhalten bleiben kann.

Trotz einiger frÃ¼herer BeitrÃ¤ge hinken die modernen Disziplinen der Politikwissenschaft und der politischen Soziologie bei der Entwicklung eines umfassenden â??body of knowledgeâ?? zum Thema alternde Gesellschaft ein wenig hinterher. Zurzeit haben explizit komparative und politische ErklÃ¤rungsansÃ¤tze, die sich eingehend mit langfristigen wahl- und institutionellen Prozessen sowie der Kulturpolitik befassen, eine bessere Chance den Prozess der politischen BevÃ¶lkerungsalterung zu erklÃ¤ren als lediglich demografische oder deskriptive Sozialpolitik oder AnsÃ¤tze der Gerontologie. Die EinfÃ¼hrung dieser politischen Sicht stellt Einblicke bereit, die stÃ¤rker theoretisch

aufbereitet und institutionell komplexer sind, als die zunehmend schrille und alarmierende Behauptung die erst kÃ¼rzlich Ã¼ber angebliche â??gerontologischeâ?? Wohlfahrtsstaaten gemacht wurde, die von entsetzlichen â??Babyboomer-Allianzenâ?? von â??gierig grauenâ?? WÃ¤hlern und â??kurzsichtigenâ?? oder populistischen Politikern gemacht wurden.

Dieser neue Ansatz wird in *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies: Comparative Studies of Policies and Politics* vertreten, die in Kooperation mit Achim Goerres (UniversitÃ¤t Duisburg-Essen) entstand.

Die Politik der EinbuÃ?en fÃ¼r Rentner: Die Mitwirkenden an *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies* sind beispielsweise der Meinung, dass alternde Gesellschaften gleichzeitig zu einem Aufschub bei der Einbringung von groÃ?en Pensionsvorteilen, zu groÃ?zÃ¼gigen KÃ¼rzungen und zur Beschleunigung von mittelgroÃ?en KÃ¼rzungen fÃ¼hren. Durch eine Modifizierung des theoretischen VorstellungsschlÃ¼ssels, dass die meisten Akteure wenig abgeneigt sind, argumentiere ich in meinem Kapitel mit Markus Tepe. durch die Nutzung einer historischen Ereignisanalyse, dass alternde Gesellschaften heutzutage als machtvolle Alarmsignale funktionieren kÃ¶nnen. Sie stecken Gesetzesmacher in einen â??nachteiligen Rahmenâ?? und drÃ¤ngen sie so dazu sich durchzuwurschteln, indem sie schrittweise KÃ¼rzungen lieber frÃ¼her als spÃ¤ter implementieren â?? aber vielleicht nur um besser in der Lage zu sein wirklich risikoreiche und grÃ¶Ã?ere KÃ¼rzungen bis zur Wahl aufzuschieben. Politiker beiÃ?en lieber mit relativ kleinen KÃ¼rzungen in den sprichwÃ¶rtlichen sauren Apfel, um grÃ¶Ã?ere KÃ¼rzungen zu verschieben. Tepe und ich fanden weiterhin, dass weder der Druck der kommenden Wahlen noch die Menge der Einspruchspunkte des politischen Systems irgendeinen Effekt auf den Zeitpunkt der RentenkÃ¼rzungen hatten. Aber die Macht der AnhÃ¤nger ist relevant: eher rechte Regierungen implementieren Policies mit EinbuÃ?en fÃ¼r Rentner generell deutlich frÃ¼her als linke Regierungen.

Andere Kapitel in *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies* widersprechen hÃ¤ufigen Behauptungen Ã¼ber eine mutmaÃ?liche Politiksklerose und Reformresistenz in alternden Demokratien. Zum Beispiel beschreibt Jennifer Sciubba, dass alle drei der

demografisch Ã¤ltesten OECD Gesellschaften (Italien, Deutschland und Japan) es im letzten Jahrzehnt fertiggebracht haben Politikreformen durchzusetzen, die den Interessen der Ã¤lteren WÃ¤hler direkt widersprechen. Bei der Erforschung der zwei liberalsten OECD Wohlfahrtsstaaten (GroÃ?britannien und die USA) fanden Jonas Edlund und Stefan Svallfors sehr unterschiedliche zeitliche Dynamiken in der wohlfahrtsstaatlichen UnterstÃ¼tzung, die sich durch die jÃ¼ngste sozialpolitische Geschichte erklÃ¤ren lÃ¤sst. AuÃ?erdem gibt es keinen Beweis, dass Altersunterschiede bei der ErklÃ¤rung sozialpolitischer Einstellung an die Stelle von Klassenunterschieden treten kÃ¶nnen. Wenn, dann werden Kohortenunterschiede Ã¼ber die Zeit eher weniger als mehr betont. Diese Feststellung besiegelt das Schicksal der simplen â??Gerontokratieâ?? oder der â??Kriege zwischen den Generationenâ?? Argumente.

Graue Parteien und junge Familien. Vor allem Rentnerparteien, die ihre Interessen zielstrebig voranbringen, sind ein weiterer Buhmann, den man in allen Altersstufen erwartet. Dennoch werden diese Parteien in Sean Hanleys Kapitel damit beschrieben, dass sie nur in solchen Demokratien erfolgreich waren, in denen adÃ¤quate Stufen der Selbstorganisation Ã¤lterer Menschen mit bereits existierenden Stufen der pro-Ã¤lteren Zuwendung kombiniert wurden. In einer allerersten Analyse grauer Parteien in insgesamt 31 Demokratien fand Hanley heraus, dass das grÃ¶Ã?te Hindernis fÃ¼r die GrÃ¼ndung grauer Parteien in Westeuropa die StabilitÃ¤t von etablierten Parteien und Parteisystemen ist, sowie deren anhaltender Erfolg Ã¤ltere WÃ¤hler anzusprechen. In Osteuropa hingegen ist vor allem die schwache gesellschaftliche Organisation Ã¤lterer Menschen ein groÃ?es Hindernis fÃ¼r graue Parteien, aber auch ein sich wandelndes jedoch festes Angebot an â??catch-allâ?? populistischen Protestparteien. Hanley argumentiert, dass westeuropÃ¤ische Rentnerparteien gerne eine linke, anti-staatliche Strategie einschlagen, in der sie spezifische Forderungen fÃ¼r Ã¤ltere WÃ¤hler einbauen. In Osteuropa finden graue Parteien vor allem in weniger stabilen Parteisystemen Nischen, in denen sie erfolgreich werden.

Auf der anderen Seite des Generationsspektrums sorgt vor allem die hohe SolidaritÃ¤t in den Familien fÃ¼r eine steigende Nachfrage nach staatlicher Kinderbetreuung â?? allerdings nur in jenen Wohlfahrtsstaaten, die bereits sehr aktiv in der Bereitstellung von Kinderbetreuung sind. Im Kapitel von Achim Goerres und Markus Tepe zeigt sich, dass junge Familien kognitiv gezwungen sind von der Politik Vorteile fÃ¼r ihre Altersgruppe zu fordern. In Wohlfahrtsstaaten die nur wenig UnterstÃ¼tzung fÃ¼r Familien bereitstellen

wird diese von jungen Einwohnern auch nicht gefordert â?? vielleicht weil sie gelernt haben nicht viel vom Staat zu erwarten. Goerres und Tepe schlussfolgern, dass Generationspolitikmodelle, die in der Vergangenheit entwickelt wurden, noch heute sehr viel Einfluss auf die Erwartungen der WÃ¤hler aller Kohorten haben.

Alarmglocken der aktivierenden Reformen â?? aber keine alarmierenden Diagnosen der Gerontokratie. Zusammengefasst appellieren Achim Goerres und ich in *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies* fÃ¼r eine Weiterentwickelung der komparativ-politischen und politisch-soziologischen Recherche zum politischen Prozess und den politischen Feedback-Effekten, die durch die alternde Gesellschaft entstehen. Die demografischen Alarmglocken, die zurzeit in vielen OECD-LÃ¤ndern lÃ¤uten, deuten auf einen akuten Bedarf an einem Umdenken in der Politik hin. Diese scheinen die Politiker zudem in immer engere wahltaktische- und fiskale Zwangsjacken zu stecken. Allerdings mÃ¼ssen sie nicht die Ursachen fÃ¼r den Alarm darstellen. Alternde Gesellschaften bieten mit Sicherheit dringende Argumente fÃ¼r die (re)Aktivierung der fiskalischen und humanen Kapitalbasis der alternden Wohlfahrtsstaaten und fÃ¼r die Bereitstellung besserer Rendite von dem intergenerationen-sozialen Pakt fÃ¼r heutige und spÃ¤tere junge Generationen. Kein Zweifel, manche politische Akteure und einige entwickelte Demokratien sind resistenter fÃ¼r solche Reformen als andere. Aber die institutionellen und soziologischen KomplexitÃ¤ten und KontextabhÃ¤ngigkeiten der Alterungspolitik rechtfertigen einfach nicht ein â??one-size-fits-allâ?? Rezept oder generationale Schuldzuweisungsspiele.

Literaturverweise

Vanhuysse, Pieter and Achim Goerres (eds) (2012) *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies: Comparative Studies of Policies and Politics*. Abingdon: Routledge/ECPR Studies in European Political Science series.

Tepe, Markus S. and Vanhuysse, Pieter, Are Aging OECD Welfare States on the Path to the Politics of Gerontocracy? Evidence from 18 Democracies, 1980-2002 (August 14, 2008). Journal of Public Policy, 2009. Available at SSRN: http://ssrn.com/abstract=1225672

Date Created

Februar 5, 2014

Author

politikwissenschaft_h1c5yk